



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2007

Band XVI

Einzelplan 20

Allgemeine Finanzverwaltung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 20	4
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2007	6
Kapitel 20 010 Steuern	8
Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen	13
Kapitel 20 030 Kommunalen Finanzausgleich	32
Kapitel 20 040 Hochwasserkatastrophe 2002	38
Kapitel 20 610 Kapitalvermögen	42
Kapitel 20 630 Liegenschaftsvermögen	47
Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung	63
Kapitel 20 710 Versorgung	67
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2007	75
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	76

VORWORT

Der Einzelplan 20 "Allgemeine Finanzverwaltung" gehört zum Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen. In ihm sind die Einnahmen und Ausgaben, die nicht dem Geschäftsbereich eines einzelnen Ministeriums zuzuordnen sind, sondern die Gesamtheit der Landesverwaltung betreffen, nachgewiesen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Bereiche:

Steuereinnahmen,
Finanzausgleich mit Bund und Ländern,
Kommunal финанzen einschl. kommunaler Finanzausgleich,
Vermögen und Schulden, Versorgung.

Das Ministerium der Finanzen bedient sich zur Durchführung dieser Aufgaben, soweit sie nicht im Ministerium unmittelbar bearbeitet werden, der ihm nachgeordneten Teile des Technischen Finanzamtes, der Zentralen Bezugsstelle des Landes Brandenburg, des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen sowie des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen.

Im Einzelnen wird auf die nachfolgenden besonderen Ausführungen zu den Kapiteln und auf die Erläuterungen verwiesen.

Zu Kapitel 20 010 - Steuern -

Im Kapitel 20 010 werden alle dem Land zustehenden Steuereinnahmen nachgewiesen.

Für das Haushaltsjahr 2007 werden Steuereinnahmen veranschlagt in Höhe 4.947.200.000 EUR
von

Zu Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen -

Im Kapitel 20 020 sind alle sonstigen, nicht unter die Zweckbestimmung der anderen Kapitel des Einzelplans fallenden Einnahmen und Ausgaben, veranschlagt.

Zu Kapitel 20 030 - Kommunalen Finanzausgleich -

Das Kapitel enthält die Leistungen des Landes an die Gemeinden und Landkreise im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (Steuerverbund und sonstige Leistungen).

Den Berechnungen wurden zugrunde gelegt:

Für das Haushaltsjahr 2007:

- zu erwartende Steuereinnahmen Brandenburgs (abzüglich Ausgleich für Steuerausfälle Familienleistungsausgleich von 80.626.000 EUR)	4.866.574.000 EUR
- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	590.000.000 EUR
- Fehlbetrags - Bundesergänzungszuweisungen	230.000.000 EUR
- Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1.487.022.000 EUR
Zusammen	7.173.598.000 EUR

Unter Anwendung der Verbundquote für die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (40 v. H.) sowie einer allgemeinen Steuerquote (20 v. H.) ergibt sich daraus (einschließlich der Berücksichtigung von -50.000.000 EUR entsprechend § 3 Abs. 2 BbgFAG) eine verfügbare Finanzmasse im Rahmen des Steuerverbundes

in Höhe von 1.682.124.000 EUR

Sie erhöht sich durch zusätzliche Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Hartz IV i.H.v. 190.000 TEUR sowie sonstige Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs:

- Familienleistungsausgleich	80.626.000 EUR
- Ausgleich für kommunale Zuständigkeit nach AG-SGB XII	312.000.000 EUR
- Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	153.400.000 EUR
- Weitergabe der Wohngeldersparnisse	18.000.000 EUR

auf insgesamt 2.436.150.000EUR

Darüber hinaus sind die Gemeinden am Aufkommen der Einkommen- und Lohnsteuer, der Zinsabschlagsteuer sowie der Umsatzsteuer unmittelbar beteiligt.

Zu Kapitel 20 040 – Hochwasserkatastrophe 2002 -

Im Kapitel 20 040 werden alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Flutopfersolidaritätsgesetzes (Fonds „Aufbauhilfe“) nachgewiesen.

Zu Kapitel 20 610 - Kapitalvermögen -

Im Kapitel 20 610 werden insbesondere die Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH – FBS (früher: Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH -BBF), die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen, die Kapitalzuführung an die Landesentwicklungsgesellschaft i. L. sowie die Inanspruchnahme aus Bürgschaften nachgewiesen.

Zu Kapitel 20 630 - Liegenschaftsvermögen -

Die bisher im Kapitel 20 630 Titelgruppe 60 ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben aus der Verwaltung der Landesbehördenzentren werden mit Gründung des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen zum 01.01.2006 in dessen Wirtschaftsplan dargestellt. Der Wirtschaftsplan ist im Kapitel 12 020 Titelgruppe 61 enthalten. Die Verwaltung der Liegenschaften der Allgemeinen Finanzverwaltung erbringt der Landesbetrieb auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

Der Landtag hat am 31.03.2004 mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen die Auflösung des "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 und die Überführung des Vermögens in den Landeshaushalt beschlossen. Dieser abgegrenzte Vermögensbestand des Sondervermögens Grundstücksfonds wurde nach den einzelnen Aufgabenfeldern in folgenden Titelgruppen in den Haushaltsplan aufgenommen:

Titelgruppe 65 – WGT - Liegenschaftsvermögen im AGV

Titelgruppe 66 - Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche

Titelgruppe 67 - Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften des Bodenreformvermögens.

Zu Kapitel 20 650 - Schuldenverwaltung -

In diesem Kapitel sind die Einnahmen aus der Kreditaufnahme des Landes Brandenburg enthalten. Die Ausgaben für die Schuldentilgung des Landes sind aus dem Kreditfinanzierungsplan ersichtlich.

Zu Kapitel 20 710 - Versorgung -

Die genaue Höhe der Versorgungsleistungen steht noch nicht fest. Die Ansätze beruhen auf Hochrechnungen/Schätzungen. Seit 1996 sind hier auch die Erstattungen an den Bund für Sonder- und Zusatzversorgungssysteme veranschlagt.

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger, der IST-Ausgaben 2005 und der Haushaltsansätze 2006 - 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Vorjahr gesamt		15	16	16	16	16
Zugänge		1				
Ruhestand						
Hinterbliebene						
Versorgungsempfänger gesamt	15	16	16	16	16	16
IST-/Sollausgaben	759.617	541.900	472.300	472.300	472.300	472.300

Die Aufwendungen für die Versorgungsempfänger sind im Kapitel 20 710 Titel 431 10 veranschlagt.

Prognose der Anzahl der Versorgungsempfänger und der Versorgungsleistungen bis 2035

Entsprechend der im Band „Haushaltsgesetz 2007“ näher dargestellten methodischen Grundlagen der langfristigen Prognose der Anzahl der Versorgungsempfänger und der Versorgungsleistungen bis 2035 wird folgende Entwicklung für den Einzelplan 20 erwartet:

	2010	2015	2020	2025	2030	2035
Anzahl	14	13	12	9	4	3
Versorgungsleistungen je nach jährlicher Steigerung der individuellen Versorgungsbezüge (in Mio. EUR):						
bei 0,5 % jährlicher Steigerung	1,0	0,9	0,8	0,6	0,2	0,2
bei 1,0 % jährlicher Steigerung	1,0	1,0	0,9	0,7	0,2	0,2
bei 1,5 % jährlicher Steigerung	1,0	1,0	1,0	0,7	0,3	0,2

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Prognose auf den Daten für die Ende 2005 aktiven Beamten und Richter sowie Versorgungsempfänger beruht. Die Prognose umfasst nicht die Leistungen für Hinterbliebene sowie die Beihilfen für Versorgungsempfänger. Für das Jahr 2010 ergibt sich aufgrund einer im Band „Haushaltsgesetz 2007“ näher erläuterten Prognoseunsicherheit für die kurzfristige Perspektive eine Abweichung zu den oben genannten Versorgungsausgaben auf der Basis der mittelfristigen Finanzplanung.

Haushaltsübersicht 2007

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
20010	4.947.200.000				4.947.200.000	
20020	8.400.000	64.122.100	2.567.169.100		2.639.691.200	37.365.000
20030		50.000			50.000	
20040						
20610		6.332.000			6.332.000	
20630		18.038.600		27.541.000	45.579.600	
20650				560.000.000	560.000.000	
20710		600.000	7.497.000		8.097.000	12.574.100
Summe 2007	4.955.600.000	89.142.700	2.574.666.100	587.541.000	8.206.949.800	49.939.100
Summe 2006	4.490.232.600	75.314.600	2.598.739.600	850.225.100	8.014.511.900	110.697.400
Vgl. zu 2006	+465.367.400	+13.828.100	-24.073.500	-262.684.100	+192.437.900	-60.758.300

Haushaltsübersicht 2007

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
26.588.400	78.323.400		1.235.000	-104.000	143.407.800	+4.947.200.000
	2.183.609.900		327.145.000		2.510.754.900	+2.496.283.400
						-2.510.704.900
						0
115.000			96.220.000		96.335.000	-90.003.000
15.831.300	1.077.000		3.640.600	26.337.600	46.886.500	-1.306.900
853.815.000					853.815.000	-293.815.000
	432.662.000				445.236.100	-437.139.100
896.349.700	2.695.672.300		428.240.600	26.233.600	4.096.435.300	+4.110.514.500
911.787.300	2.363.983.900		425.628.000	21.034.000	3.833.130.600	+4.181.381.300
-15.437.600	+331.688.400		+2.612.600	+5.199.600	+263.304.700	-70.866.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Vorbemerkung:

Die einzelnen Steueransätze für den Haushaltsplan 2007 sind auf der Grundlage der Schätzungen des Bund-Länderarbeitskreises "Steuerschätzung" vom November 2006 ermittelt worden. Die gesamten dem Land zustehenden Steuereinnahmen werden veranschlagt

für das Haushaltsjahr 2007 mit: 4.947.200.000 EUR

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

011 10	910	Lohnsteuer (Landesanteil)	902.210.284	900.000.000	920.000.000
--------	-----	----------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Lohnsteueraufkommen im Land Brandenburg (einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung) wird geschätzt

für 2007: 2.164.706.000 EUR

Davon erhalten der Bund 42,5 v. H. und die Gemeinden 15 v. H. Dem Land verbleiben 42,5 v. H.

für 2007: 920.000.000 EUR

012 10	910	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	-226.868.263	-285.000.000	-80.000.000
--------	-----	--	---------------------	---------------------	--------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Einkommensteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen, Eigenheimzulagen und sonstigen Erstattungen) im Land Brandenburg wird geschätzt
für 2007: - 188.235.000 EUR

Davon entfallen auf den Bund und das Land jeweils 42,5 v. H. und auf die Gemeinden 15 v. H. Von den zu erwartenden Erstattungen muss das Land ebenfalls 42,5 v. H. übernehmen.

Insgesamt erhält das Land einen Betrag von

für 2007: -80.000.000 EUR

013 10	910	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Landesanteil)	23.906.063	17.000.000	26.000.000
--------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag wird geschätzt
für 2007: 52.000.000 EUR

Davon erhält das Land die Hälfte, einen Betrag von

für 2007: 26.000.000 EUR

014 10	910	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	93.691.597	90.000.000	180.000.000
--------	-----	--	-------------------	-------------------	--------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Körperschaftsteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen) im Land Brandenburg wird (einschl. der Einnahmen aus der KöStZerlegung) geschätzt
für 2007: 360.000.000 EUR

Davon erhält der Bund 50 v. H.; dem Land verbleiben 50 v. H.

für 2007: 180.000.000 EUR

015 10	910	Umsatzsteuer (Landesanteil)	2.585.878.603	2.795.000.000	2.814.000.000
--------	-----	------------------------------------	----------------------	----------------------	----------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 015 10

Erläuterungen:

Die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern richtet sich nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20.12.2001 zuletzt geändert durch Artikel 17 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes vom 05.09.2006. Die Gemeinden sind an Einnahmen aus der Umsatzsteuer zu beteiligen.

Der auf das Land Brandenburg entfallende Anteil an der Umsatzsteuer wird geschätzt
für 2007: 2.814.000.000 EUR

016 10	910	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)	435.720.659	495.000.000	576.000.000
---------------	------------	---	--------------------	--------------------	--------------------

Erläuterungen:

Von dem geschätzten Aufkommen an Einfuhrumsatzsteuer stehen dem Land zu
für 2007: 576.000.000 EUR

017 10	910	Gewerbsteuerumlage (Landesanteil)	29.853.080	25.000.000	40.000.000
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

018 10	910	Zinsabschlagsteuer	33.295.158	24.000.000	34.000.000
---------------	------------	---------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus der Zinsabschlagsteuer (nach Zerlegung) in Brandenburg wird geschätzt
für 2007: 77.273.000 EUR

Davon erhalten der Bund 44 v. H. und die Gemeinden 12 v. H. Dem Land verbleiben 44 v. H.
für 2007: 34.000.000 EUR

052 10	910	Erbschaftsteuer	16.896.769	8.000.000	19.000.000
---------------	------------	------------------------	-------------------	------------------	-------------------

053 10	910	Grunderwerbsteuer	102.594.320	88.000.000	97.000.000
---------------	------------	--------------------------	--------------------	-------------------	-------------------

054 10	910	Kraftfahrzeugsteuer	266.009.157	265.000.000	259.000.000
---------------	------------	----------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

055 10	910	Totalisatorsteuer	177.376	500.000	200.000
---------------	------------	--------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 20 020 Titel 685 10.

056 10	910	Andere Rennwettsteuern	0	0	0
---------------	------------	-------------------------------	----------	----------	----------

057 10	910	Lotteriesteuer	45.540.889	45.000.000	44.000.000
---------------	------------	-----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 057 10

Erläuterungen:

Lotteriesteuern aus

- Land Brandenburg Lotto
- Nordwestdeutsche Klassenlotterie
- Ostdeutscher-Sparkassen-Lotterie-Verein

Die im Rahmen des PS-Lotterie-Sparens aufgetretenen Steuereinnahmen beinhalten einen Verwaltungskostenanteil von 5 v. H. Das restliche Aufkommen wird an die neuen Bundesländer entsprechend der Anzahl der verkauften Lose abgeführt.

058 10	910	Sportwettsteuer	0	0	0
--------	-----	-----------------	---	---	---

059 10	910	Feuerschutzsteuer	9.999.956	8.000.000	9.000.000
--------	-----	-------------------	-----------	-----------	-----------

Das Steueraufkommen ist vorrangig zur Leistung von Ausgaben bei den Kapiteln 03 710 und 03 750 zu verwenden.

Erläuterungen:

Die Feuerschutzsteuer wird vorrangig zur Förderung des Feuerlöschwesens und des vorbeugenden Brandschutzes und für Ausgaben und Einrichtungen des Landes auf diesem Gebiet verwendet. Die Ausgaben für den Feuerschutz sind im Einzelplan 03 - Kapitel 03 710 und 03 750 - veranschlagt.

Ausgaben auf diesem Gebiet können auch aus der Investitionspauschale im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes geleistet werden.

061 10	910	Biersteuer	9.048.446	8.000.000	9.000.000
--------	-----	------------	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Aufgrund der Wiederanwendung der Bestimmungen des am 02.12.1890 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich/ Ungarn geschlossenen Vertrages über den Anschluss der österreichischen Gemeinde Mittelberg (Kleines Walsertal) an das Zollsystem des Deutschen Reiches erhält Österreich eine Abrechnung seines Einnahmeanteils an den Zöllen und Verbrauchssteuern. In dem Abgeltungsbetrag ist auch ein Biersteueranteil enthalten, der dem Bund von den Ländern, denen das Biersteueraufkommen nach Art. 106 Abs. 2 Nr. 5 GG zusteht, erstattet werden muss. Der Anteil Brandenburgs beträgt ca. 100 EUR. Die Verrechnung aus diesem Titel erfolgt jährlich gegenüber dem BMF.

069 10	910	Sonstige Steuern	-1.310.869	0	0
--------	-----	------------------	------------	---	---

Summe HGr. 0:	4.483.500.000	4.947.200.000
---------------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(213 10)	910	Anteil der Kommunen zum nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe"	0	0	
----------	-----	--	---	---	--

Summe HGr. 2:	0	0
---------------	---	---

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(634 10)	910	Zuweisungen (konsumtiv) des Landes zum nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe"	0	0	
----------	-----	---	---	---	--

Summe HGr. 6:		0	0
---------------	--	---	---

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(884 10)	910	Zuweisungen (investiv) des Landes zum nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe"	0	0	
----------	-----	--	---	---	--

Summe HGr. 8:		0	0
---------------	--	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	4.483.500.000	4.947.200.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		4.483.500.000	4.947.200.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
Gesamtausgabe		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		4.483.500.000	4.947.200.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Einnahmen Brandenburgs aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich bestehen aus der Umsatzsteuerverteilung und den Ausgleichszahlungen der anderen Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (LFA).
Der Bund gewährt ergänzend hierzu Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs.

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

093 10	910	Spielbankabgabe und Zusatzleistungen	9.002.173	6.732.600	8.400.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Siehe Vermerk bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 80.

Erläuterungen:

Gemäß Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Brandenburg (Spielbankgesetz - SpielbG) vom 22.05.1996 ist der Spielbankunternehmer verpflichtet, eine Spielbankabgabe an das Land zu entrichten. Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 des Spielbankengesetzes. Die Kosten für die Spielbankaufsicht werden beim Kapitel 12 050 nachgewiesen. Im Land Brandenburg wird seit 1998 eine Spielbank in Cottbus, seit 2002 eine Spielbank in Potsdam und seit Mai 2006 eine Spielbank in Frankfurt (Oder) betrieben. Der Ansatz beruht auf den Umsatzerwartungen der Brandenburgischen Spielbanken GmbH & CoKG.

Summe HGr. 0:			6.732.600	8.400.000
----------------------	--	--	------------------	------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	011	Sonstige Einnahmen	5.434	0	0
---------------	------------	---------------------------	--------------	----------	----------

Erläuterungen:

Abführungen der Landeshauptkasse von Gutschriften nicht zu ermittelnder Einzahler; ferner Verrechnung von Beträgen aus Altfällen nach ehemaligen DDR-Recht.

123 10	856	Gewinnanteile aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie	833.574	811.000	542.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Der Ansatz beruht auf den Ertragserwartungen der Nordwestdeutschen Klassenlotterie.

123 20	856	Einnahmen aus der Konzessionsabgabe Lotto	48.748.887	42.500.000	45.900.000
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 632 20 verwendet werden.

Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 685 59, gem. Sportförderungsgesetz zur Deckung der Ausgaben i. H. v. 13.610.160 EUR für 2007 (36 v. H.).

Der Betrag für die Sportförderung ist wegen der Abführungsverpflichtung aus dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen für das Haushaltsjahr 2007 um 2.913.840 EUR gemindert.

Erläuterungen:

Die Spielarten (Zahlenlotto, Ergebnis- und Auswahlwetten, Spiel 77, Super 6 sowie Rubbellotterie / Brieflose) werden in Form von nichtstaatlichen Lotterien durch die Land Brandenburg Lotto GmbH im eigenen Namen und für eigene Rechnung gegen eine Konzessionsabgabe durchgeführt. Die Konzessionsabgabe beträgt grundsätzlich 20 v. H. der Umsätze. Bis 2006 stellen die Länder dem DFB jährlich 12 v. H. der das Ergebnis des Veranstaltungsjahres 2001 übersteigenden Gesamtsumme der Wetteinsätze aus den ODDSET-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 zur Verfügung. Für Brandenburg handelt es sich voraussichtlich um einen Betrag von insgesamt ca. 400.000 EUR.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
132 10	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	2.000	0
161 25 neu	872	Zinseinnahmen des Landes vom Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen für Gesellschafterdarlehen			3.933.500
162 10	872	Zinseinnahmen aus den Geldanlagen der Landeshauptkasse	3.362.164	900.000	1.100.000
Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 571 10.					
Erläuterungen:					
Für die Anlage zeitweilig freier Kassenmittel und für die Zinserträge der laufenden Konten. Mehr wegen Anpassung an das Ist-Ergebnis.					
181 25 neu	872	Darlehensrückflüsse vom Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen			12.646.600
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(119 25)	910	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0	0	
Summe HGr. 1:				44.213.000	64.122.100
HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
211 10	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes zum Ausgleich von Fehlbeträgen	227.286.340	230.000.000	230.000.000
Erläuterungen:					
Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisung zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs nach § 11 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz.					
211 11	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes für Kosten politischer Führung	55.220.000	55.220.000	55.220.000
Erläuterungen:					
Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen aufgrund überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung und der zentralen Verwaltung gemäß § 11 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz.					
211 12	910	Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1.508.998.000	1.501.673.000	1.487.022.000
Erläuterungen:					
Hier sind die Mittel entsprechend Artikel 33 § 11 Abs. 4 des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern) zum Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler Finanzkraft (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) veranschlagt.					
211 40	910	Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen nach dem 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz 4)	190.000.000	190.000.000	190.000.000
Erläuterungen:					
Gem. Artikel 30 des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt erhält das Land Brandenburg zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe jährliche Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.					

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
212 10	910	Zuweisungen von anderen Ländern nach Artikel 107 Abs. 2 des Grundgesetzes	550.368.033	600.000.000	590.000.000
		<i>Ausgaben können von der Einnahme abgesetzt werden.</i>			
		Erläuterungen:			
		Einnahmen aus dem (horizontalen) Länderfinanzausgleich.			
233 10	910	Kommunaler Anteil an der Finanzierung der Altschulden gesellschaftlicher Einrichtungen	13.405.064	13.405.100	13.405.100
		Erläuterungen:			
		Die Ausgaben leistet das Land bei Kapitel 20 020 Titel 631 12.			
235 10	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
		Erläuterungen:			
		Der Titel dient der haushaltstechnischen Verrechnung der bei allen Einzelplänen eingehenden Mittel von der Bundesagentur für Arbeit.			
236 10 neu	018	Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung gemäß Aufwendungsausgleichsgesetz - AAG			0
		Erläuterungen:			
		Der Titel dient der zentralen Vereinnahmung der Erstattungen der Krankenkassen.			
		Im Rahmen der im AAG geregelten Ausgleichsverfahren werden öffentlichen Arbeitgebern die Aufwendungen, die sie aus Anlass der Mutterschaft für Arbeitnehmerinnen zu zahlen haben, erstattet. Dazu gehören folgende Leistungen:			
		- Zuschuss zum Mutterschaftsgeld			
		- gezahltes Arbeitsentgelt bei Beschäftigungsverboten nach § 11 MuSchG, einschließlich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Beitragszuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung, sowie Arbeitgeberanteile zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen.			
		Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt durch die ZBB.			
		Die Arbeitgeber zahlen einen monatlichen Umlagebeitrag. Die Abführung der Umlage erfolgt monatlich zusammen mit den übrigen Sozialversicherungsbeiträgen und wird unmittelbar aus den jeweiligen Personalkostentiteln gezahlt.			
261 10	061	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	1.127.118	1.000.000	1.100.000
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Beträge für die Erhebung der Kirchensteuer (3 v. H. des geschätzten Aufkommens 2004) durch die Finanzämter.			
298 10	871	Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus	422.261	400.000	422.000
		<i>Siehe Vermerk bei Titel 698 10.</i>			
Summe HGr. 2:				2.591.698.100	2.567.169.100
HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen					
359 10	950	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	0	0	0

20 **Allgemeine Finanzverwaltung**
20 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

359 14	011	Entnahme aus der Rücklage aus der Verschiebung des Auszahlungszeitpunktes der Arbeitnehmerbezüge gemäß den 'Eckpunkten zu einem Solidarpakt zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften' vom 11.08.2003	20.052.923	0	0
---------------	-----	--	-------------------	----------	----------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(331 10)	910	Zuweisungen des Bundes gemäß Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	203.540	0	
-----------------	-----	---	----------------	----------	--

Gemäß Artikel 2 des Solidarpaktfortführungsgesetzes werden die nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost zur Verfügung stehenden Mittel als Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen gewährt.
 Bis Ende 2004 können bisher nicht in Anspruch genommene bzw. abgerufene Mittel im Rahmen der bisherigen Bedingungen eingesetzt werden.

Summe HGr. 3:	0	0
---------------	----------	----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen, für die Neuentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge sowie für die Einführung eines EDV-Systems für das technisch-operative Beteiligungscontrolling.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	0	0	0
---------------	-----	-----------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	0	0
-----------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
-----------------------	----------------------------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

432 10	011	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Erläuterungen:

Umgesetzt von Kapitel 20 710 Titel 432 10.

Eine Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger findet sich im Vorwort des Einzelplans.

441 20	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfenvorschriften	37.405.708	40.400.000	42.400.000
--------	-----	--	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen für Beamte. Die Beihilfen für Versorgungsempfänger sind bei Kapitel 20 710 Titel 446 10 bis 446 15 veranschlagt.

443 20	940	Fürsorgeleistungen im Bereich der Landesregierung	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

452 10	011	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 4 LHO wird zugelassen, dass die für Dezember des Jahres erst im Folgejahr fälligen Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer zugunsten des laufenden Haushaltsjahres bei diesem Titel eingenommen werden.

Erläuterungen:

Der Titel dient der buchungstechnischen Realisierung der Verschiebung des Auszahlungszeitpunktes der Arbeitnehmerbezüge vom 15. auf den letzten des Monats und der daraus resultierenden Verschiebung der Fälligkeit der personalbezogenen Sozialversicherungsbeiträge, wie in den Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Lohnrunde 2003 vereinbart.

Es handelt sich um eine zentrale Verrechnung für den gesamten Haushalt.

461 20	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	0	58.754.000	62.965.000
--------	-----	--	---	------------	------------

Ausgaben für das Personalbudget der Einzelpläne dürfen aus diesem Ansatz verstärkt werden.

Bei Besoldungserhöhungsgesetzen ist der Finanzminister ermächtigt, bereits vor Verabschiedung des Gesetzes entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten.

Erläuterungen:

Der Titel ist zur Deckung von Personalmehrausgaben bestimmt, die aufgrund von Besoldungs- und Tarifierhöhungen oder aus anderen unabwiesbaren Gründen im Haushaltsjahr 2007 entstehen und bei der Festsetzung der Personalausgaben in den einzelnen Kapiteln und Titeln des Landeshaushalts nicht berücksichtigt werden konnten.

462 10	989	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0	0	-68.000.000
--------	-----	---	---	---	-------------

Erläuterungen:

Der Ansatz enthält Minderausgaben, die durch die Fortschreibung des Sonderzahlungsgesetzes bewirkt werden sollen.

Summe HGr. 4:			99.154.000	37.365.000	
---------------	--	--	------------	------------	--

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	146.528	124.000	169.500
--------	-----	---	---------	---------	---------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 511 10

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Druckstücke über die Einnahmen und Ausgaben des Landes an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

		2007 EUR
1	Geschäftsbedarf	169.500
2	Bücher, Zeitschriften	0
3	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0
4	Sonstiges	0
Summe		169.500

Mehr wegen gestiegener Druckkosten für Haushaltsrechnung, Haushaltsplan (Entwurf und endgültige Fassung) und Druck der Ergänzungslieferung "Haushaltsrecht".

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 20 020 Titel 546 15.

526 10	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	50.000	30.000
---------------	------------	---	----------	---------------	---------------

Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, entsprechend des Bedarfs Mittel zur Bewirtschaftung ressortübergreifend zuzuweisen.

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 632 10.

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Erstellung externer Gutachten.

542 00	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch	572.938	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

Die Deckung der Ausgaben erfolgt aufgrund der bei Titel 542 10 in den Einzelplänen 01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08, 10, 11, 12, 13, 14 und 20 ausgebrachten Haushaltsvermerke.

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Da das Land als ein Arbeitgeber gilt (§ 77 Abs. 8 SGB IX), können Überbesetzungen mit Unterbesetzungen ressortübergreifend ausgeglichen werden.

546 10	910	Sonstiges	59.893	43.000	43.000
---------------	------------	------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten sowie uneinbringliche Auslagen im Zusammenhang mit Vollstreckungsersuchen entsprechend Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG) für das Land Brandenburg an die Landkreise und kreisfreien Städte.

546 15	012	Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	2.049.080	1.674.400	3.029.400
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 546 15

Erläuterungen:

Servicevereinbarungen mit dem LDS Brandenburg

		2007 EUR
1.	Dienstleistungen LDS- HKR-Verfahren	1.590.000
2.	Dienstleistungen LDS - TPVN-Abwicklung Sprachverkehr	84.400
3.	Dienstleistungen LDS - Leitstand KLR	1.355.000
Summe		3.029.400

Mehr wegen Umsetzung der Dienstleistungen LDS für den Leitstand KLR aus der TG 62.

546 20	299	Kosten für die subsidiäre Versicherung von freiwillig Engagierten	0	50.000	37.200
--------	-----	--	----------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für eine Landesrahmenunfallversicherung und eine Landesrahmenhaftpflichtversicherung für ehrenamtlich Tätige und freiwillig Engagierte, die nicht oder nicht ausreichend anderweitig gesetzlich oder freiwillig versichert sind.

Weniger wegen Anpassung an die tatsächlichen Kosten.

547 59	960	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Verwendung von Einnahmen aus der Lotto-Konzessionsabgabe für zweckbestimmte ressortübergreifende Vorhaben	67.934	0	0
--------	-----	--	---------------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 59 geleistet werden.

549 20	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

571 10	920	Zinsen für Kassenkredite	3.761.790	18.000.000	11.500.000
--------	-----	---------------------------------	------------------	-------------------	-------------------

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 20 650 Titel 575 10 und Titel 575 20.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 162 10 geleistet werden.

Haushaltsüberschreitungen infolge verstärkt notwendig werdender Aufnahmen von Kassenkrediten zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen sind von den Vorschriften über die Vorlage von Nachtragshaushaltsplänen (§ 37 Abs. 1 LHO i. V. mit § 2 Abs. 7 Haushaltsgesetz) ausgenommen.

Erläuterungen:

Die Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für die Zinsbelastung der zeitweilig zur Sicherung der Liquidität notwendigen kurzfristigen Kassenverstärkungskredite.

Weniger wegen Verringerung des täglichen Kassenkreditvolumens.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(546 25)	910	Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0	0	
----------	-----	---	----------	----------	--

aus Titelgruppen:			8.503.100	11.779.300	
--------------------------	--	--	------------------	-------------------	--

Summe HGr. 5:			28.444.500	26.588.400	
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	--

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	960	Erstattungen nach dem Finanzbereinigungsgesetz -DDR an den Bund	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 631 10

Erläuterungen:

Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Ist-Ausgaben noch beibehalten.

631 11	061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund (BvS)	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Zur Abrechnung der Verwaltungsvereinbarung über die Verwaltung Liegenschaften Dritter und Schlussrechnung nach Entlastung durch die BvS.

631 12	910	Erstattungen an Bund für Zins- und Tilgungsleistungen für kommunale Altschulden	26.810.130	26.810.200	26.810.200
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Mehr weil für die Anschlussregelung des Altschuldenregelungsgesetzes ab 2005 die Verrechnung von Verbindlichkeiten kommunaler Altkredite für gesellschaftliche Einrichtungen aus dem Parteienvermögen über das Jahr 2004 hinaus nicht möglich ist. Die Erstattungsleistungen sind bis zum 31. Januar des jeweiligen Jahres direkt an den Bund zu zahlen.

632 10	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 526 10.

632 20	856	Abführungen auf Grundlage des Staatsvertrages über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Toto- und Lotto-Blocks erzielten Einnahmen	7.263.865	9.046.300	13.490.000
---------------	------------	--	------------------	------------------	-------------------

Mehrausgaben im Rahmen der Abrechnung des Staatsvertrages über die Regionalisierung werden aus Einnahmen bei Titel 123 20 gedeckt.

Erläuterungen:

Die Auswirkungen aus dem zum 01.07.2004 in Kraft getretenen Staatsvertrag über die Regionalisierung werden kassenmäßig jeweils im Folgejahr wirksam.

636 10	223	Leistungen an Unfallversicherungsträger	16.596.770	16.500.000	16.200.000
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Für die gesetzlich unfallversicherten Beschäftigten des Landes sind seit 01.01.1998 Beiträge an die Unfallkasse Brandenburg zu zahlen.

684 10	153	Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahe stehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern	984.000	915.000	915.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 684 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahe stehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen im Land Brandenburg. Die Mittel werden je zur Hälfte auf Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen verteilt, die Parteien nahe stehen, welche dauerhafte, ins Gewicht fallende politische Grundströmungen repräsentieren und nach dem endgültigen Ergebnis der letzten drei Landtagswahlen oder bei der letzten Landtagswahl, der letzten Bundestagswahl und der letzten Europawahl mindestens 5 vom Hundert der im Land Brandenburg abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben; die einer Partei nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung kann auch dann gefördert werden, wenn die Partei im Landtag vertreten ist und in mindestens der Hälfte der Kreistage bzw. Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Fraktionsstärke auf Grund eines eigenen Wahlvorschlages vertreten ist. Der Anteil am Gesamtbetrag bemisst sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis der bei der letzten Landtagswahl im Land Brandenburg für die ihr nahe stehende Partei abgegebenen gültigen Erststimmen und Zweitstimmen. Erreicht eine Partei, deren parteinahe Stiftung bzw. deren ihr nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung bereits gefördert wird, nicht die erforderliche Stimmenanzahl, so kann die entsprechende parteinahe Stiftung bzw. die ihr nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung für die Dauer einer Wahlperiode den auf die Zweitstimmen entfallenden Anteil erhalten. Erreicht die Partei auch in der darauf folgenden Wahl nicht die erforderliche Stimmenanzahl, scheiden parteinahe Stiftung und kommunalpolitische Vereinigung aus der Finanzierung aus. Die parteirechtliche Selbständigkeit einer Organisation besteht nur dann, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Juli 1986 - 2 BvE 5/83 - aufgestellt sind. Dies ist in geeigneter Form nachzuweisen. Die Verwendung der Mittel wird durch den Landesrechnungshof geprüft. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt durch das MI.

685 10	549	Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer	170.282	480.000	480.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 20 010, Titel 055 10 erhöhen oder vermindern zu 96 v. H. die Mittel dieses Titels.

Erläuterungen:

Nach § 16 RennWLoTTG erhalten Rennvereine, die einen Totalisator betreiben, bis zu 96 v.H. des Totalisatorsteueraufkommens für Zwecke der öffentlichen Leistungsprüfung für Pferde. Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz und das Ministerium der Finanzen setzen die Anteile der Rennvereine fest.

685 59	960	Verteilung von Einnahmen aus der Lotto-Konzessionsabgabe	5.604.119	18.966.400	19.035.200
---------------	------------	---	------------------	-------------------	-------------------

Ausgaben entsprechend der Erläuterungen dürfen nur in Höhe von 5.425.000 EUR der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 547 59.

Die Mittel i. H. v. 36 v. H. der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen - gemindert wegen der Abführungsverpflichtung aus dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen - dienen 2007 zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 05 810 TG 60 (Förderung des Sports) mit einem Betrag von 13.610.160 EUR.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 685 59

Erläuterungen:

Einzelplan	Ministerium	Quote v.H.
02	Ministerpräsident	10,93
03	Ministerium des Innern	6,00
04	Ministerium der Justiz	6,00
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport*	16,00
	Bereich Bildung und Jugend	
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	16,00
07	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	17,07
08	Ministerium für Wirtschaft	6,00
10	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	16,00
11	Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung	6,00
12	Ministerium der Finanzen	0,00
Insgesamt		100,00

* nachrichtlich:

05

36 v. H. der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen dienen in 2007 der Deckung der Ausgaben in Kapitel 05 810 Titelgruppe 60 für die Förderung des Sports gemäß § 8 Sportförderungsgesetz - gemindert wegen der Abführungsverpflichtung aus dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen für das Haushaltsjahr 2007 um 2.913.840 EUR.

698 10	871	Verwendung der Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus	231.363	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 298 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

aus Titelgruppen:	1.009.900	1.393.000
--------------------------	------------------	------------------

Summe HGr. 6:	73.727.800	78.323.400
---------------	-------------------	-------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 14	011	Rücklage aus der Verschiebung des Auszahlungszeitpunktes der Arbeitnehmerbezüge gemäß den 'Eckpunkten zu einem Solidarpakt zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften' vom 11.08.2003	10.478.240	0	0
---------------	------------	---	-------------------	----------	----------

971 10	988	Globale Mehrausgaben zur Verstärkung von Ausgaben	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagung von Ausgaben zur Finanzierung der Inanspruchnahme von Haushaltsresten aus in den Vorjahren vereinnahmten Einnahmen.

972 10	989	Globale Minderausgaben	0	0	-2.000.000
---------------	------------	-------------------------------	----------	----------	-------------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(972 20)	989	Globale Minderausgabe	0	0	
-----------------	------------	------------------------------	----------	----------	--

aus Titelgruppen:	1.420.000	1.896.000
--------------------------	------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 9:			1.420.000	-104.000
---------------	--	--	-----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 Pilotprojekt Kosten- und Leistungsrechnung

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 62 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben der Titelgruppe 62 sind übertragbar.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die Einführung und den Betrieb eines flächendeckend neuen Verfahrens für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, sowie einer Doppik für Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung Brandenburg gemäß Kabinettsbeschluss vom 13.12.2005 (KV 287/05).

511 62	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2.271	0	935.000
--------	-----	--	--------------	----------	----------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind veranschlagt für

	2007 EUR
1. Hardware Ausstattung Leitstand	30.000
2. Software Ausstattung Leitstand	5.000
3. Unterhaltung SAP-Lizenzen Neues Finanzmanagement (NFM)	900.000
4. Kommunikation	0
5. Sonstiges	0
Summe	935.000

Mehr wegen Ausweitung des NFM-Projektes auf die gesamte Landesverwaltung und Umsetzung aus 812 62.

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

	2007 EUR
1. Projekte	
1.1 Ausstattung Leitstand	35.000
1.2 Unterhaltungsaufwand für Lizenzen NFM	900.000
Summe zu 1.	935.000
Summe	935.000

526 62	011	Sachverständige	3.914.066	3.600.000	4.645.000
--------	-----	------------------------	------------------	------------------	------------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		5.500.000		5.500.000
2008		5.500.000		5.500.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		11.000.000		11.000.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 526 62

Erläuterungen:

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2007 EUR
1.	NFM Los 1 (flächendeckende Einführung HKR, KLR sowie Doppik)	3.120.000
2.	NFM externe Qualitätssicherung und Weiterentwicklung Produkthaushalt	200.000
3.	NFM Applikations- und Basisbetreuung	350.000
4.	NFM Mitwirkungsleistungen	975.000
Summe		4.645.000

Mehr wegen Ausweitung des NFM-Projektes auf die gesamte Landesverwaltung. Der Ansatz beinhaltet Ausgaben für die landesweite Einführungsberatung.

538 62 011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 0
neu

Erläuterungen:

Der Titel ist vorgesehen für mögliche externe Vergabe des SAP-Systembetriebes an ein Rechenzentrum.

812 62 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen 1.255.899 3.533.000 1.135.000

Erläuterungen:

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2007 EUR
1.	NFM Los 1 Erwerb von Lizenzen	1.135.000
Summe		1.135.000

Weniger wegen Umsetzung von 935.000 EUR nach 511 62 und Anpassung an Ist 2005.

981 62 011 Erstattungen von Personal- und Sachkosten 392.467 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 7.133.000 6.715.000

TGr. 63 eGovernment

Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen im Kapitel 20 030, die in sachlichem Zusammenhang mit den Ausgaben für den Bereich eGovernment stehen, dürfen zur Verstärkung der Ausgaben der Titelgruppe herangezogen werden. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Das Kabinett hat am 11.02.2003 die eGovernment-Strategie des Landes Brandenburg beschlossen und am 10.08.2004 hierzu einen Masterplan und Aktionsplan sowie die IT-Strategie gebilligt. Ferner wurde unter anderem mit dem MPK-Beschluss vom 17.06.2004 beschlossen, alle geeigneten Verwaltungsverfahren bis 2008 'online' bereitzustellen.

Im Mittelpunkt der landesweiten IT-Strategie für 2007 stehen damit u.a.:

- Etablierung eines Managementsystems für Informationssicherheit,
- Ausbau des Brandenburger Online Amtes (BOA),
- Ausbau der elektronischen Beschaffungsstelle,
- Beteiligung am Aufbau der Geodaten-Infrastruktur (GDI),
- Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen für das Projektmanagement,
- Förderung von Online-Diensten und Infrastrukturmaßnahmen im kommunalen Bereich,
- Steuerung des landesweiten Einsatzes von Enterprise-Resource-Planning-Produkten (ERP).

538 63 011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 317.349 289.000 825.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 538 63

Erläuterungen:

					2007 EUR
1.		Pflegevertrag Governikus (OSCI) mit Erweiterungen			150.000
2.		Ausbau der Schnittstellen zwischen virtueller Poststelle und Dokumentenmanagementsystemen			125.000
3.		Pflege weiterer eGovernment-Basiskomponenten			150.000
4.		CERT-Computer Emergency Response Team			400.000
		Summe			825.000

545 63	011	Entgelte für den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg aufgrund von Servicevereinbarungen	1.948.565	2.400.000	2.894.100
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

					2007 EUR
1.		Betrieb Brandenburger Online Amt (BOA)			1.081.000
2.		Einbindung weiterer Fachverfahren eGovernment in BOA			1.200.000
3.		Ausbau der elektronischen Beschaffungsstelle			500.000
4.		Pflegekosten für DVDV und Betrieb Produktionsmaster			113.100
		Summe			2.894.100

546 63	011	Gutachterkosten	4.500	200.000	500.000
---------------	------------	------------------------	--------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Ausgaben für Gutachten, Organisations-Entwicklungsmaßnahmen sowie für Projektmanagement und Projektleitung, die im Sachzusammenhang mit eGovernment stehen.
Mehr wegen Einbindung weiterer Fachverfahren und CERT.

632 63	011	Erstattungen des Landes für gemeinsame Einrichtungen	9.346		33.000
---------------	------------	---	--------------	--	---------------

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes Brandenburg für die Beteiligung am Aufbau GDI-DE und für die Vereinbarungen mit dem gemeinsamen Projektbüro des Kooperationsausschusses ADV Bund/Länder/Kommunen.
Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 03 020 Titel 632 20.

633 63	011	Stärkung der Zusammenarbeit Land-Kommunen auf dem Gebiet Kommunales eGovernment - Förderprogramm			100.000
---------------	------------	---	--	--	----------------

neu

Erläuterungen:

In Umsetzung der Rahmenvereinbarung von Land und Kommunen gem. KV 75/05 werden Online-Dienste und Infrastrukturmaßnahmen im kommunalen Bereich gefördert. Die Projekte (LVN@kommunal, Meldedatenonline u.a.) werden aus Mitteln der Verwaltungsmodernisierung (§ 16 Abs. 1 BbG FAG) finanziert. Der Titel enthält nur den Landesanteil.

981 63	012	Erstattungen von Personal- und Sachkosten	174.500	174.500	0
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Weniger nach Umsetzung nach Kapitel 03 010 Titel 422 10.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 63	3.063.500	4.352.100
--	------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

TGr. 64 Qualitätsmanagement

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(525 64)	012	Aus- und (Fort)bildung	0	0
----------	-----	------------------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64	0	0
-------------------------------------	---	---

TGr. 80 Verwendung der Spielbankabgabe und der Zusatzleistungen

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Kapitel 20 020 Titel 093 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
Die Ausgaben sind übertragbar.*

Erläuterungen:

Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 Spielbankgesetz. Die Kosten der Spielbankenaufsicht werden dem Einzelplan 12 erstattet.

633 80	910	Zuweisungen an die Spielbankgemeinden	1.249.549	1.009.900	1.260.000
--------	-----	---------------------------------------	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an das Ist 2005 und wegen der Eröffnung einer Spielbank in Frankfurt (Oder).

981 80	910	Erstattung von Kosten der Spielbankenaufsicht	1.266.043	1.245.500	1.896.000
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an das Ist 2005 wegen der Eröffnung einer Spielbank in Frankfurt (Oder).

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80	2.255.400	3.156.000
-------------------------------------	-----------	-----------

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

Einnahmen bei Titel 119 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen, für die Neuentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge sowie für die Einführung eines EDV-Systems für das technisch-operative Beteiligungscontrolling.

511 99	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	547.321	552.600	576.700
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Mehr wegen Erhöhung der Pflegesätze für Profiskal und HAVWeb BBG .

		2007 EUR
1.	Hardware	0
2.	Software	0
3.	Unterhaltung	576.700
4.	Kommunikation	0
5.	Sonstiges	0
Summe		576.700

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 511 99

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

	2007 EUR
1. Pflege ProFiskal P3	474.000
2. Pflege HAVWeb BBG	84.200
3. Pflege PTS	8.500
4. EDV-System Beteiligungscontrolling	10.000
Summe	576.700

525 99	011	Aus- (und Fort)bildung	16.366	15.000	15.000
---------------	------------	-------------------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Aus- und Fortbildung	15.000
2. Lehr- und Lernmittel	0
Summe	15.000

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

	2007 EUR
1. ProFiskal und Systembetreuung	10.000
2. Schulungen HAVWeb BBG	5.000
Summe	15.000

526 99	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	22.875	0	0
---------------	------------	---	---------------	----------	----------

538 99	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	1.621.785	1.446.500	1.388.500
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

	2007 EUR
1. HAVWeb BBG - Weiterentwicklung	25.000
2. Haushaltsinformation	25.000
3. Externe Unterstützungsleistungen PPS	6.500
4. Bargeldloser Zahlungsverkehr	50.000
5. Externe Unterstützungsleistungen für HKR	60.000
6. Zahlbarmachung der Bezüge	1.222.000
Summe	1.388.500

Weniger wegen Abschluss der Migration auf HAVWeb BBG.

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	276.696	100.000	100.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist für folgendes Projekt vorgesehen:

	2007 EUR
1. Elektronische Signatur/Verfahrenssicherheit	100.000
Summe	100.000

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	2.114.100	2.080.200
-------------------------------------	------------------	------------------

20 **Allgemeine Finanzverwaltung**
20 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	14.566.000	16.303.300
---	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	6.732.600	8.400.000
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	44.213.000	64.122.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.591.698.100	2.567.169.100
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		2.642.643.700	2.639.691.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	99.154.000	37.365.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	28.444.500	26.588.400
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	73.727.800	78.323.400
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.633.000	1.235.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	1.420.000	-104.000
Gesamtausgabe		206.379.300	143.407.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		2.436.264.400	2.496.283.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

siehe Vermerk bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 63.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	234	Sonstige Einnahmen	234.702	0	50.000
--------	-----	---------------------------	----------------	----------	---------------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückflüssen aus den Erstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte, die aus dem Titel 633 11 geleistet wurden. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet. Mehr wegen Anpassung an die erwarteten Einnahmen.

119 15	910	Rückflüsse aus Zuwendungen	25.029	0	0
--------	-----	-----------------------------------	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen aus dem IfG Aufbau Ost (Sonderprogramm). Die Mittel werden vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

Summe HGr. 1:			0	50.000
---------------	--	--	----------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	234	Erstattungen des Bundes für Kriegsflüchtlinge	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 633 11.

Erläuterungen:

Der Bund kann sich in bestimmten Fällen an den Kosten für Kriegsflüchtlinge, die den Landkreisen und kreisfreien Städten vom Land zunächst in voller Höhe erstattet werden, beteiligen. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet.

Summe HGr. 2:			0	0
---------------	--	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

siehe Vermerk bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 63.

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11	910	Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte	818.679.451	874.284.000	864.318.000
---------------	------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG). Vom Ansatz wird ein Betrag von 48.946.000 EUR im Jahr 2007 für Vorwagschlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte bereit gestellt.

613 12	910	Schlüsselzuweisungen an Kreise	283.168.030	302.410.000	329.492.000
---------------	------------	---------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Nicht veranschlagte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem BbgFAG.

613 13	910	Ausgleich für kommunale Zuständigkeit nach AG-SGB XII			312.000.000
---------------	------------	--	--	--	--------------------

neu

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Umsetzung der bislang in Kapitel 07 070 Titel 633 70 für eine Kostenerstattung an örtliche Sozialhilfeträger vorgesehenen Mittel auf der Grundlage des Art. 2 § 4 Abs. 2 bis 5 des Gesetzes zur Änderung des AG-SGB XII.

Nach der neuen ab 01.01.2007 gültigen Rechtslage, in dem dem örtlichen Trägern der Sozialhilfe per Bundesgesetz die sachliche Zuständigkeit der Sozialhilfe, übertragen wird, hat das Land den Anforderungen nach Art. 99 Satz 2 LV gerecht zu werden und durch einen Finanzausgleich dafür zu sorgen, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Aufgaben erfüllen können.

Dies bedeutet, dass die allgemeine Finanzausgleichsmasse entsprechend dem künftigen Umfang der Aufgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe neu zu bestimmen ist. In diese Überlegung zur Bestimmung des Umfangs der notwendigen Finanzausgleichsmasse sind die aufgrund des Wegfalls der nach dem bisherigen System erforderlichen Kostenerstattung wegen übertragener Aufgaben im Bereich der Sozialhilfe im Einzelplan 07 veranschlagten und nach der künftigen Rechtslage in eben diesem Einzelplan nicht mehr benötigten Haushaltsmittel einzubeziehen. Artikel 2 des AG-SGB XII enthält die entsprechende Änderung des Finanzausgleichsgesetzes.

613 14	910	Ausgleichsfonds	31.001.110	54.669.000	64.669.000
---------------	------------	------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Zuflüsse aus den Titeln 613 11, 613 12 und 613 15 verstärken den Ansatz.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 613 14

Verpflichtungsermächtigungen:

	2007 EUR
Betrag:	6.100.000
davon fällig:	
2008 bis zu	6.100.000
2009 bis zu	
2010 bis zu	
2011 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007	6.057.800			6.057.800
2008	5.419.900		6.100.000	11.519.900
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen	11.477.700		6.100.000	17.577.700

Erläuterungen:

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach dem BbgFAG. Vom Ansatz sind bis zu 14.669.000 EUR für eine Verwendung im Rahmen der RL des MLUV vom 25.01.2005 über die Unterstützung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung bei der wirtschaftlichen Stabilisierung und Zusammenarbeit (Schuldenmanagementfonds) vorgesehen.

Weiterhin sind vom Ansatz bis zu 9.000.000 EUR für eine Verwendung im Rahmen der Ausstattung von Stützpunktfeuerwehren, der Sicherung der Kompatibilität der technischen Ausstattung der integrierten Leitstellen der kreisfreien Städte und Landkreise untereinander und mit dem Lagezentrum des Landes sowie der Kostenerstattung für die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz vorgesehen.

613 15 910 Schullastenausgleich 84.998.781 85.000.000 81.000.000

Weniger wegen sinkender Schülerzahlen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der anteiligen Finanzierung von Schulkosten nach Maßgabe der Festlegungen im BbgFAG. Die Aufteilung des Ansatzes ist gemäß § 14 Abs. 2-4 BbgFAG vorzunehmen.

613 17 910 Theaterpauschale 13.029.143 13.000.000 13.000.000

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Die Aufteilung der Mittel erfolgt entsprechend der Verordnung zur Verteilung der Mittel für die Theater- und Orchesterförderung gemäß § 5 des BbgFAG.

Die Mittelbewirtschaftung obliegt dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

613 18 910 Familienleistungsausgleich 67.399.992 64.812.200 80.626.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 613 18

*In 2007 Berücksichtigung der Abrechnung 2005 von -374.000 EUR.
Die Ausgaben sind übertragbar.
Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.*

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des BbgFAG eingesetzt.

613 19	910	Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	154.970.856	155.000.000	153.400.000
---------------	------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

*Die Ausgaben sind übertragbar.
Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.*

Bei der Ermittlung des Ansatzes wurde eine geringere Erstattung für Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz aufgrund gesunkener Personal- und Sachkosten der Wohngeldstellen durch die Auswirkungen des SGB II in Höhe von 4.600.000 EUR zugrunde gelegt. Für die übrigen übertragenen Aufgaben wurden die jeweiligen Ansätze entsprechend dem Preisindex 2005 (erste Jahresergebnisse des Statistischen Bundesamtes vom 12.1.2006) in Höhe von 2% fortgeschrieben.

Erläuterungen:

Die Mittel sind für Aufgaben vor Inkrafttreten der Kommunalverfassung am 05.12.1993 übertragen worden. Sie werden auf der Grundlage des BbgFAG eingesetzt.

613 20	910	Kostenerstattung für übertragene Aufgaben	37.872.686	38.614.400	38.474.400
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Mittel sind für Aufgaben nach Inkrafttreten der Kommunalverfassung am 05.12.1993 übertragen worden. Von dem Gesamtansatz entfallen auf die Kostenerstattung nach:

	2007 EUR
- Art. 5 des Ersten Funktionalreformgesetzes (Kataster- und Vermessungsämter)	31.100.100
- dem Brandenburgischen Wassergesetz	4.068.800
- Umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren sowie Durchführung von landwirtschaftlichen Förderprogrammen	392.600
- der Verordnung über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Futtermittelrechts, dem Verfütterungsverbotsgesetz sowie der Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern	770.400
- der Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländer- und Asylverfahrensrecht	395.000
- Art. 1 bis Art. 4 des Dritten Funktionalreformgesetzes	1.248.600
- der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Düngemittelrechts	207.000
- der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Abfallrechts	291.900
Summe	38.474.400

Weniger, weil die Kostenerstattungen nach der Verordnung zu Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz bei Kapitel 06 050 Titel 613 16 veranschlagt sind.

623 10	910	Hilfen an Kommunen und Zweckverbände für Altfinanzierungsprobleme im Abwasserbereich	3.637.156	3.637.300	3.637.300
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Titel wird nur noch zur ratenweisen Rückzahlung eines Darlehens der ILB genutzt, welches seinerseits an die kommunalen Aufgabenträger der Abwasserentsorgung entsprechend der Richtlinie des MI über die Gewährung von Finanzhilfen zur Kostenentlastung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung (Liquiditätshilfefonds-LHF) gewährt wurde. Die Mittel werden vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

633 10	910	Erstattung von Verwaltungskosten an die Landkreise und kreisfreien Städte (für Regelung offener Vermögensfragen)	8.665.768	8.500.000	6.500.000
--------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Von den veranschlagten Ausgaben sind 683.574 EUR zweckgebunden für die Wartung und Pflege des DV-Fachverfahrens der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen vorgesehen. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen für verauslagte Sachkosten auf die Ausgaben angerechnet werden. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) werden die Aufgaben der unteren Landesbehörden den Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen. Das Land erstattet die personellen und sächlichen Verwaltungskosten. Wegen der fortschreitenden Erledigung der offenen Vermögensfragen wird die Personalausstattung der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen ab 1998 zurückgeführt. Siehe auch Kapitel 12 080 - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen.

Weniger wegen Rückführung der Personalausstattung in den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen.

633 11	234	Erstattung von Kosten für die Unterbringung, Sozialleistungen und Gesundheitsuntersuchungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	34.131.563	44.600.000	28.493.200
--------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Erstattung der Kosten nach § 6 Landesaufnahmegesetz vom 19.12.1996 (GVBl. I S. 360), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26.04.2005 (GVBl. I S. 170), in Verbindung mit der Erstattungsverordnung vom 29.01.1999 (GVBl. II S. 99), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 26.09.2005 (GVBl. II S. 508), der Erstattung der Kosten nach § 108 SGB XII (Einreise aus dem Ausland), sowie der Erstattung der Kosten von Gesundheitsuntersuchungen gemäß § 62 Abs. 1 Satz 2 Asylverfahrensgesetz und § 36 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit der Verordnung über die Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen von Asylbewerbern vom 10.11.2000 (GVBl. II S. 423).

Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet.

Weniger wegen Umsetzung von 600.000 EUR nach Kapitel 03 810 Titel 526 20 sowie wegen Fallzahlrückgang.

633 40	011	Zuweisungen für Soziallastenausgleich	211.000.013	230.000.000	190.000.000
--------	-----	--	--------------------	--------------------	--------------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des BbgFAG eingesetzt.

633 42	011	Weitergabe der Wohngeldersparnisse abzüglich USt-Minder-einnahmen des Landes gemäß § 5 BbgAG-SGB II	32.600.000	12.600.000	18.000.000
--------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

Die Ausgaben sind übertragbar. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Summe HGr. 6:			1.887.126.900	2.183.609.900
---------------	--	--	----------------------	----------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 12	910	Investive Schlüsselzuweisungen	331.534.675	330.352.000	327.145.000
--------	-----	---------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des BbgFAG eingesetzt.

Summe HGr. 8:			330.352.000	327.145.000
---------------	--	--	--------------------	--------------------

20
20 030

Allgemeine Finanzverwaltung
Kommunaler Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	50.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		0	50.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.887.126.900	2.183.609.900
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	330.352.000	327.145.000
Gesamtausgabe		2.217.478.900	2.510.754.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.217.478.900	-2.510.704.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	699	Sonstige Einnahmen	135.599	0	0
---------------	------------	---------------------------	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen nach Prüfung der Verwendungsnachweise.

Summe HGr. 1:	0	0
---------------	---	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	699	Zuweisungen für das Sonderprogramm "Hochwasser" im Rahmen der Bund/Länder Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA)	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

231 20	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

231 30	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

231 40	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	118.894	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

231 50	699	Zuweisungen des Bundes für Hochwasserhilfen außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	2.283.910	0	0
--------	-----	--	-----------	---	---

272 10	699	Zuschüsse aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Summe HGr. 2:	0	0
---------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

681 20	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	0
681 30	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	0	0	0
681 40	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	0	0	0
681 50	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0	0	0
681 51	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	0

Summe HGr. 6:		0	0
---------------	--	---	---

HGr. 7: Baumaßnahmen

711 30	699	Wiederherstellung der durch das Hochwasser beschädigten wasserwirtschaftlichen Infrastrukturen	1.171.767	0	0
--------	-----	--	-----------	---	---

Summe HGr. 7:		0	0
---------------	--	---	---

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	699	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
883 20	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	0
883 30	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	0	0	0
883 40	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	0	0	0
883 50	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	2.146.000	0	0
883 51	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 040 Hochwasserkatastrophe 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
892 10	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft	0	0	0
892 20	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	0
892 30	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	0	0	0
892 40	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	270.747	0	0
892 50	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0	0	0
892 51	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	0
Summe HGr. 8:				0	0

20
20 040

Allgemeine Finanzverwaltung
Hochwasserkatastrophe 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
Gesamteinnahme		0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
Gesamtausgabe		0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

121 10	872	Gewinne aus Kapitalanteilen an Landesgesellschaften (Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts)	5.103.774	3.500.000	3.500.000
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Ausschüttung von Dividenden.

134 10	872	Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen sowie aus sonstigen Aus- und Rückzahlungen von Kapitalanteilen	101.153	96.000	96.000
---------------	------------	---	----------------	---------------	---------------

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Landesbeteiligungen anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagte Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen.

141 10	680	Bürgschaftsentgelte	1.236.395	600.000	1.236.000
---------------	------------	----------------------------	------------------	----------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die dem Land zustehenden Anteile an den Bürgschaftsentgelten für die Übernahme von Bürgschaften im Rahmen der Bürgschaftsprogramme.

Mehr durch weitere Bürgschaftsübernahmen.

141 20	062	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	2.029.154	1.500.000	1.500.000
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Rückflüsse und andere Einnahmen aus der Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewährleistungs- oder ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen.

162 10	872	Zinseinnahmen aus dem Inland	3.427	0	0
---------------	------------	-------------------------------------	--------------	----------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zinserträge noch nicht abgerufener Mittel von der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

181 10	872	Darlehensrückflüsse aus dem Inland	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Rückflüsse von Teilbeträgen aus gewährten Darlehen.

Summe HGr. 1:	5.696.000	6.332.000
----------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	859	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	11.036	29.000	115.000
--------	-----	--	--------	--------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entgelte für die Geschäftsbesorgung zur Bearbeitung von Gewährleistungen (u. a. Prozesskosten für Rechtsstreitigkeiten aus Bürgschaften).

Mehr wegen erhöhter Prozesskosten in Folge einer höheren Anzahl von Verfahren.

Summe HGr. 5:				29.000	115.000
---------------	--	--	--	--------	---------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

831 10	872	Erwerb von Kapitalanteilen an Unternehmen des privaten Rechts und Anstalten des öffentlichen Rechts	0	10.000	10.000
--------	-----	---	---	--------	--------

Erläuterungen:

Ausgaben für die Kapitalausstattung landesbeteiligter Unternehmen.

831 12	872	Kapitalzuführung zur Landesentwicklungsgesellschaft i. L.	22.000.000	22.000.000	21.400.000
--------	-----	---	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Erfüllung von Verbindlichkeiten der LEG i. L.

862 10	872	Gewährung von Gesellschafterdarlehen an landesbeteiligte Unternehmen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

871 10	680	Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen	24.991.242	20.000.000	20.000.000
--------	-----	---------------------------------------	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die Höhe der Ausfälle ist abhängig vom Bewilligungsvolumen und der voraussichtlichen Entwicklung der durch Bürgschaften geförderten Unternehmen. Der Ansatz ist geschätzt.

aus Titelgruppen:				46.000.000	54.810.000
-------------------	--	--	--	------------	------------

Summe HGr. 8:				88.010.000	96.220.000
---------------	--	--	--	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)

Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.

Erläuterungen:

Das Finanzierungskonzept für den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) sieht eine Innenfinanzierung der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS), Bankkredite sowie Eigenmittel der Gesellschafter Land Berlin, Land Brandenburg und des Bundes vor. Danach sollen die Gesellschafter im Zeitraum von 2005 bis 2010 insgesamt 430 Mio. EUR der FBS zur Verfügung stellen. Das Land Brandenburg hat davon - entsprechend seinem Gesellschafteranteil an der FBS von 37 vH - einen Anteil in Höhe von 159,1 Mio. EUR zu übernehmen. Der Bund sowie die Länder Berlin und Brandenburg haben sich außerdem über die Finanzierung der Verkehrsanbindung für den Flughafen BBI grundsätzlich geeinigt. Der Bund finanziert die Straßenanbindung in Höhe von 74 Mio. EUR. Von den Kosten der Schienenanbindung in Höhe von 496 Mio. EUR trägt das Land Brandenburg einen Anteil in Höhe von 30 Mio. EUR.

831 60	759	Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)	24.790.000	38.000.000	38.810.000
--------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		39.000.000		39.000.000
2008		21.000.000		21.000.000
2009		36.000.000		36.000.000
2010				
2011 ff.				
Summen		96.000.000		96.000.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2006 wird für 2007 nicht vollständig in Anspruch genommen.

891 60	759	BBI Schienenverkehrsanbindung	0	8.000.000	16.000.000
--------	-----	--------------------------------------	----------	------------------	-------------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2005 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2007		16.000.000		16.000.000
2008		6.000.000		6.000.000
2009				
2010				
2011 ff.				
Summen		22.000.000		22.000.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 60

46.000.000

54.810.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	46.000.000	54.810.000
---	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	5.696.000	6.332.000
--------	---	-----------	-----------

Gesamteinnahme		5.696.000	6.332.000
-----------------------	--	------------------	------------------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	29.000	115.000
--------	---	--------	---------

HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	88.010.000	96.220.000
--------	--	------------	------------

Gesamtausgabe		88.039.000	96.335.000
----------------------	--	-------------------	-------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-82.343.000	-90.003.000
--------------------------------------	--	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Beim Liegenschaftsvermögen werden auch die Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, die im Zusammenhang mit Grundstücken entstehen, die dem Land als Fiskalerbe zugefallen sind und von ihm verwertet werden.
Der Landtag hat am 31.03.2004 mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen" die Auflösung des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" und die Überführung des Vermögensbestandes in den Landeshaushalt beschlossen.
Zur transparenten Darstellung der Übernahme des abgegrenzten Vermögensbestandes des ehemaligen Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" in den Haushaltsplan wurden die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Aufgabenfelder in verschiedenen Titelgruppen strukturiert:
Titelgruppe 65 - WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV
Titelgruppe 66 - Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche (LgBÄ)
Titelgruppe 67 - Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften des Bodenreformvermögens.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	871	Gebühren, sonstige Entgelte	0	100	0
--------	-----	------------------------------------	----------	------------	----------

Erläuterungen:

Erwartete Einnahmen aufgrund der Gebührenordnung des Ministeriums der Finanzen.
Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2005.

119 10	871	Sonstige Einnahmen	75.085	115.000	115.000
--------	-----	---------------------------	---------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Es handelt sich insbesondere um Einnahmen aus Rückzahlungen aus den Vorjahren wie Steuerrückerstattungen und Erstattungen aus Jahresverbrauchsrechnungen.
Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2005 und in Erwartung geringerer Erstattungen aus Jahresverbrauchsrechnungen.

124 10	871	Mieten und Pachten	2.357.961	2.957.900	2.068.600
--------	-----	---------------------------	------------------	------------------	------------------

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken des allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	434.000
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	832.600
3.	Sonstige Einnahmen	802.000
	Summe	2.068.600

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2005 und Veräußerung von Grundstücken/Liegenschaften.

125 10	871	Einnahmen aus Diensten wirtschaftlicher Tätigkeit	643	0	0
--------	-----	--	------------	----------	----------

131 10	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	3.673.663	2.000.000	2.100.000
--------	-----	--	------------------	------------------	------------------

Siehe Haushaltsvermerk Abs. 1 und 2 bei Titel 821 10.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Rückzahlungen aufgrund in früheren Haushaltsjahren zu hoch vereinnahmter Veräußerungserlöse - insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Einnahmen abgesetzt werden.
Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Kapitel 20 630 Titel 821 10 herangezogen werden.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 131 10

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Liegenschaften, die zur Erfüllung der Aufgaben des Landes nicht benötigt werden.
Mehr wegen beabsichtigter Veräußerungen in 2007.

131 11	871	Erlöse aus dem Verkauf von Forstgebäuden	102.162	0	0
---------------	------------	---	----------------	----------	----------

*Einnahmen bis zur Höhe von höchstens 156.000 EUR dürfen für Ausgaben bei Kapitel 15 110 Titel 719 10 verwendet werden.
Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 15 110, Titel 711 11 und 721 10 verwendet werden.
Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

Erläuterungen:

Dauerhaft für Landeszwecke entbehrliche ehemalige Forstgebäude sollen veräußert werden.

131 13	871	Erlöse aus der Verwertung von ehemals land- und forstwirtschaftlich genutzten Vermögen nach der 3. DVO zum Treuhandgesetz	3.391.740	800.000	1.500.000
---------------	------------	--	------------------	----------------	------------------

siehe Vermerk bei Titel 671 13

Erläuterungen:

Mehr wegen höherer Einnahmen aus der Verwertung des ehemals preußisch land- und forstwirtschaftlich genutzten Vermögens.

131 20	062	Einnahmen aus Veräußerungserlösen zugunsten des Entschädigungsfonds oder Dritter	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Siehe Haushaltsvermerk Satz 1 bei Titel 821 20 und 821 30.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Veräußerung von Grundstücken mit Abführungspflicht gemäß Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 sowie Vermögensgesetz und Investitionsvorrangsgesetz.

132 10	871	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	7.872	0	0
---------------	------------	--	--------------	----------	----------

aus Titelgruppen:	18.932.600	12.255.000
--------------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 1:	24.805.600	18.038.600
---------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 60 Liegenschaften des Verwaltungsgrundvermögens in der Haus- und Grundbesitzverwaltung der Liegenschafts- und Bauämter (u.a. Landesbehördenzentren)

Mit Gründung des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen zum 01.01.2006 werden die Einnahmen im Wirtschaftsplan bei Kapitel 12 020 Titelgruppe 61 nachgewiesen.

111 60	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	0	0	
119 60	011	Sonstige Einnahmen	104.176	72.000	
124 60	011	Mieten und Pachten	1.971.104	863.600	
125 60	871	Einnahmen aus Diensten wirtschaftlicher Tätigkeit	94.924	70.000	
132 60	011	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände	0	0	

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **1.005.600**

TGr. 65 WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

Die Einnahmen der Titelgruppe 65 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 65.

Das jeweilige Jahresergebnis bei Titel 919 65 ist bis zur Erschöpfung des Vermögens im Folgejahr bei Titel 359 65 zu vereinnahmen.

Der bei der Auflösung und Überführung des Sondervermögens vorhandene Barmittelbestand des WGT-Liegenschaftsvermögens wurde 2005 in voller Höhe in der Titelgruppe 65 vereinnahmt.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich von Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 65, insbesondere zur Finanzierung der Verpflichtungen und Risiken des WGT-Liegenschaftsvermögens im AGV, zu verwenden.

Erläuterungen:

Mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen" vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: WGT-Liegenschaften - zuzurechnende Vermögensmasse wird in der Titelgruppe 65 "WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV" ausgewiesen.

Die Titelgruppe 65 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

Über das WGT-Liegenschaftsvermögen ist gem. § 8 WGT-LVG spätestens am 01.07.2009 eine Schlussrechnung zu fertigen. Nach Abzug der Kosten und notwendigen Rückstellungen für die Beräumung von den auf den Grundstücken befindlichen Belastungen erhalten die Landkreise und die Gemeinden des Landes Brandenburg jeweils 25 vH der verbleibenden Erlöse.

Für das vom Land genutzte WGT-Liegenschaftsvermögen sind Nutzungsentgelte an die Titelgruppe 65, Kapitel 20 630 Titel 124 65 zu zahlen. Siehe Erläuterung bei Kapitel 20 630 Titel 518 10.

111 65	871	Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen	0	600.000	300.000
119 65	871	Sonstige Einnahmen	300.092	160.000	120.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
124 65	871	Mieten und Pachten	2.251.152	1.485.000	240.000
129 65	871	Sonstige Erlöse	43.739	25.000	20.000
131 65	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	13.798.986	12.600.000	8.250.000
162 65	871	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	698.896	390.000	500.000
232 65	871	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
342 65	871	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	5.380.069	2.870.000	1.300.000
356 65	871	Übernahme des Vermögenbestandes	17.660.408	0	0
359 65	871	Entnahme aus der Rücklage	0	16.183.000	21.610.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 65				34.313.000	32.340.000

TGr. 66 Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche

Die Einnahmen der Titelgruppe 66 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 66.

Der bei der Auflösung und Überführung des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" vorhandene Barmittelbestand des Bestandskontos Bodenreform wurde 2005 in voller Höhe in der Titelgruppe 66 vereinnahmt.

Das jeweilige Jahresergebnis bei Titel 919 66 ist in das Folgejahr bei Titel 359 66 zu übernehmen.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich der Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 66 zu verwenden. Gem. § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung, Verpachtung oder Veräußerung von Grundstücken des Bodenreformvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Gem. § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Rückzahlungen aufgrund in früheren Haushaltsjahren vereinnahmter Veräußerungserlöse von den Einnahmen abgesetzt werden.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt.

Der Bund hat sich gem. Artikel 233 § 16 Abs. 1 Satz 3 EGBGB vorbehalten, über eine endgültige Aufteilung des Bodenreformvermögens zwischen Bund und den neuen Ländern durch ein besonderes Bundesgesetz zu entscheiden. Daher ist das Bodenreformvermögen getrennt vom übrigen Landesvermögen aufzuführen.

Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Mit der Durchsetzung der Ansprüche des Landes aus der Abwicklung der Bodenreform ist der Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen beauftragt. Nach der Übertragung der Bodenreformgrundstücke auf das Land sind diese zu verwalten und zu verwerten (Titelgruppe 67). Der Überschuss des Vorjahres aus der Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus der Bodenreform (Titelgruppe 67) ist an die Titelgruppe 66 abzuführen.

Die Titelgruppe 66 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

119 66	871	Sonstige Einnahmen	139.577	46.000	119.000
--------	-----	--------------------	---------	--------	---------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
121 66	871	Einnahmen aus dem Überschuss des Vorjahres der TG 67	0	0	72.000
124 66	871	Mieten und Pachten	13.857	14.000	14.000
131 66	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	223.167	172.000	285.000
356 66	871	Überführung des Vermögensbestandes	4.952.903	0	0
359 66	871	Entnahme aus der Rücklage	0	4.566.000	4.339.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 66				4.798.000	4.829.000

TGr. 67 Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen

Die Einnahmen der Titelgruppe 67 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 67.

Der bei der Auflösung und Überführung des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" vorhandene Barmittelbestand aus der Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen wurde 2005 in voller Höhe in der Titelgruppe 67 vereinnahmt.

Das jeweilige Jahresergebnis bei Titel 919 67 ist in das Folgejahr bei Titel 359 67 zu übernehmen.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Die Titelgruppe 67 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

Die Ansätze der Einnahmen sind Schätzwerte und beruhen auf Erfahrungswerten aus 2005.

119 67	871	Sonstige Einnahmen	69.996	10.000	10.000
124 67	871	Mieten und Pachten	2.047.712	1.900.000	1.800.000
129 67	871	Sonstige Erlöse	15.300	10.000	10.000
131 67	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	389.561	500.000	500.000
162 67	871	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	22.623	15.000	15.000
356 67	871	Übernahme des Vermögensbestandes	960.272	0	0
359 67	871	Entnahme aus der Rücklage (Liquiditätssicherungskonto)	0	220.000	292.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 67	2.655.000	2.627.000
-----------------------	---------------	-----------	-----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	42.771.600	39.796.000
-----------------------	----------------------------------	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	286	5.800	5.200
--------	-----	---	-----	-------	-------

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Geschäftsbedarf	100
2. Bücher Zeitschriften	100
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.450
4. Sonstiges	550
Summe	5.200

511 20	061	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	555	1.000	600
--------	-----	--	-----	-------	-----

Erläuterungen:

	2007 EUR
1. Postgebühren	0
2. Mobilfunkanschlüsse	200
3. Fernmeldegebühren	300
4. Sonstiges	100
Summe	600

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2005.

514 10	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	8.807	8.500	0
--------	-----	---	-------	-------	---

517 10	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.662.826	1.688.600	1.600.000
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Für landeseigene bzw. in der Verfügungsbefugnis des Landes stehende Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 116.528 qm Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

	2007 EUR
1. Heizung	455.800
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	245.300
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	365.000
4. Grundbesitzabgaben	280.000
5. Bewachungskosten	31.200
6. Sonstiges	222.700
Summe	1.600.000

100.000 EURO sind für die Bewirtschaftung der Liegenschaft des ehemaligen Rundfunks der DDR vorgesehen.
Weniger wegen Verkauf von Liegenschaften und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2005.

518 10	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.801.484	2.293.700	1.800.000
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 518 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Nutzungsentgelte in Höhe von 1.709.300 EUR für vom Land genutzte WGT-Liegenschaften.
Siehe Erläuterung bei Titel 124 65.

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume

	Bezeichnung	Haupt- und Nebenfläche in m²	Jahresmiete 2005 in EUR	Jahresmiete 2006 in EUR
1.	Frankfurt (Oder), Beeskower Str.	100	700	700
2.	ehem. Fachhochschule in Bernau - Waldfrieden	259.832	90.000	90.000
	Summe	259.932	90.700	90.700

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2005.

518 20 061 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 0 0 0

519 10 061 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 40.349 65.000 40.000

Erläuterungen:

Hier sind nur Ausgaben zu veranschlagen, deren Ausführung keines bautechnischen Sachverständes bedarf; ansonsten Titel 519 20.

		2007 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	40.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0
	Summe	40.000

525 10 061 Aus- (und Fort)bildung 0 0 0

526 10 061 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 8.654 25.000 16.700

Erläuterungen:

Ausgaben für Wertermittlungen bei bebauten und unbebauten Grundstücken im Falle des Erwerbs oder der Veräußerung, sowie Aufwendungen in Rechtsstreitigkeiten (z. B. bei Erbschaften) des Landes.
Weniger wegen Verkauf von Liegenschaften.

527 10 061 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 0 800 0

Erläuterungen:

Reisekostenvergütungen für Liegenschaftsarbeiter.
Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2005.

537 10 061 Entwicklung, Verwaltung und Verwertung landeseigener Grundstücke 0 7.000 0

Einnahmen bei Titel 131 10 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten (z. B. für Bauvoranfragen) für Grundstücke, die im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. Verwertung entstehen. Diese Haushaltsmittel können auch für Dienstleistungen einer landeseigenen Gesellschaft verwendet werden. Dazu können im Einzelfall Auftragsvergaben für Maßnahmen zur Bauunterhaltung (insbesondere zur Verkehrssicherung) und umfassende Bestandsaufnahmen sowie Entwicklungsplanungen zur Herstellung der Verwertbarkeit gehören.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

546 10	061	Sonstiges	12.818	10.000	13.000
---------------	------------	------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Gebühren für Leistungen der Kataster- und Vermessungsämter einschließlich LIKA-Online.
Mehr wegen steigendem Bedarf an Flurkarten durch forcierte Verwertung.

546 20	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	10.500	0	0
---------------	------------	---	---------------	----------	----------

aus Titelgruppen:

26.791.900	12.355.800
-------------------	-------------------

Summe HGr. 5:

30.897.300	15.831.300
-------------------	-------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

671 13	871	Erstattungen an Dritte nach dem Vermögensgesetz bzw. dem Vermögenszuordnungsgesetz	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Angaben dürfen bis zur Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 131 13 geleistet werden.

Erläuterungen:

Das Land ist verpflichtet, bei eventuellen Ansprüchen Dritter, die denen des Landes vorgehen, bereits im Titel 131 13 (Kapitel 20 630) vereinnahmte Erlöse auf Verlangen der Berechtigten entsprechend ihrem Anspruch herauszugeben.

aus Titelgruppen:

1.200.000	1.077.000
------------------	------------------

Summe HGr. 6:

1.200.000	1.077.000
------------------	------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	871	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Aussonderung:

2007

3	Anhängen
4	Arbeitsmaschine
1	Dienstoffrad
6	PKW
14	Zusammen

812 10	871	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

821 10	871	Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken	6.966.463	3.615.000	3.615.000
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass bei einem Grundstückstausch die Einnahmen auf die Ausgaben angerechnet werden. Verbleibende Spitzenbeträge sind beim Einnahmetitel 131 10 bzw. beim Ausgabebetitel nachzuweisen.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen aus Rückzahlungen in früheren Haushaltsjahren geleistete Ausgaben insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Ausgaben abgesetzt werden.

Siehe Vermerke Nr. 5 bei Titel 131 10.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz für Grundstückserwerb bei Kapitel 15 160 Titel 331 20 geleistet werden.

Von dem Ansatz sind bis zu 102.300 EUR zweckgebunden einzusetzen für Flächenankäufe in Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 69 BbgNatSchG; 75.000 EUR für die Leistung von Ausgleichszahlungen nach dem Verkehrsflächenbereinigungsgesetz.

Siehe Vermerk Nr. 2 bei Titel 821 20 und Titel 821 30.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 821 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Erwerb von Liegenschaften für Einrichtungen des Landes sowie in begrenztem Umfang für Flächen für Zwecke des Naturschutzes. Es sind Ausgaben vorgesehen, sofern Zahlungsverpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr bzw. Auskehr des Verkehrswertes aufgrund Zuordnungsvereinbarungen nach dem Vermögenszuordnungsgesetz und gütlicher Einigungen nach dem Vermögensgesetz bestehen. Der Bund beteiligt sich nach dem Hochschulbauförderungsgesetz am Grunderwerb für Hochschulbaumaßnahmen zu 50 v. H. an den dem Land entstandenen Ausgaben nach Maßgabe des Rahmenplans. Die Einnahmen hieraus sind bei Kapitel 15 160 Titel 331 20 nachgewiesen.

821 20	062	Abführungen an den Entschädigungsfonds	3.483	0	0
---------------	-----	---	--------------	----------	----------

*Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
 Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 und 11 Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 herangezogen wird, sind Ausgaben zu leisten.

821 30	062	Verpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr	36.500	0	0
---------------	-----	--	---------------	----------	----------

*Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
 Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 31 Abs. 5 Vermögensgesetz sowie § 16 Investitionsvorrangsgesetz zur Auskehr des Verkehrswertes bzw. Verkaufserlöses verpflichtet ist, sind Ausgaben zu leisten.

aus Titelgruppen:	18.000	25.600
--------------------------	---------------	---------------

Summe HGr. 8:	3.633.000	3.640.600
---------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Liegenschaften des Verwaltungsgrundvermögens in der Haus- und Grundbesitzverwaltung der Liegenschafts- und Bauämter (u.a. Landesbehördenzentren)

Mit Gründung des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen zum 01.01.2006 werden die Einnahmen und Ausgaben im Wirtschaftsplan bei Kapitel 12 020 Titelgruppe 61 nachgewiesen.

511 60	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation	152.918	98.000
514 60	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	83.455	54.000

Erläuterungen:

Fahrzeugbestand ist an den BLB übergegangen.

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2006		Soll 2007	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	12	9	0	0
LKW	3	0	0	0
Anhänger	2	0	0	0
Arbeitsmaschine	8	0	0	0
Dienstoffahrrad	4	0	0	0
Zusammen	29	9	0	0

517 60	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6.424.318	5.346.400
518 60	061	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	34.879	22.600

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2006	2007	
		vorhanden	davon neu
PKW	9	0	0
Zusammen	9	0	0

Weniger wegen Nutzung von Fahrdiensten des Fahrzeugpools beim BLB.

519 60	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	468.505	306.400
525 60	061	Aus- und Fortbildung	0	500
526 60	061	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0
537 60	061	Entwicklungskosten für Grundstücke	0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

546 60 061 Vermischte Ausgaben 15.688 30.000

811 60 871 Erwerb von Dienstfahrzeugen 80.096 0

Erläuterungen:

Aussonderung:

2007

2	Anhänger
8	Arbeitsmaschine
4	Dienstoffrad
3	LKW
3	PKW
20	Zusammen

812 60 871 Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 60

5.857.900

TGr. 65 WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die am Jahresende verbleibenden Einnahmen bzw. Minderausgaben bilden das Jahresergebnis und dürfen zu 100 vH einer Rücklage bei Titel 919 65 zugeführt werden.

Das jeweilige Jahresergebnis ist bis zur Erschöpfung des Vermögens in das Folgejahr zu übertragen.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich von Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 65, insbesondere zur Finanzierung der Verpflichtungen und Risiken des WGT-Liegenschaftsvermögens im AGV, zu verwenden.

Erläuterungen:

Mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen" vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen

- Teil: WGT-Liegenschaften - zuzurechnende Vermögensmasse wird in der Titelgruppe 65 "WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV" im Kapitel 20 630 ausgewiesen.

Über das WGT-Liegenschaftsvermögen ist gem. § 8 WGT-LVG spätestens am 01.07.2009 eine Schlussrechnung zu fertigen.

Nach Abzug der Kosten und notwendigen Rückstellungen für die Beräumung von den auf den Grundstücken befindlichen Belastungen erhalten die Landkreise und die Gemeinden des Landes Brandenburg jeweils 25 vH der verbleibenden Erlöse.

Ausgaben werden geleistet für:

- Verkehrssicherungsmaßnahmen, Bewachung, Grundbesitzabgaben und weitere Bescheide, Betriebskosten
- Durchführung unvermeidbarer Instandhaltungsarbeiten
- Wertgutachten, Vertragsmanagement, Sachverständigen- und Gerichtskosten
- Sanierungsuntersuchungen und -planungen, Altlastensanierungs- und Abfallentsorgungsmaßnahmen, partielle Kampfmittelräumungen
- Zahlungen für die Bewirtschaftung der Forst- und Forstfreiflächen an das MLUV
- Grundstücksneubildung, Marktfähigkeit, Marketing, Entwicklungsprojekte, Rückbaumaßnahmen, Ökopoolprojekte
- Ausgaben für Nebenkosten im Geldverkehr
- Vergütung
- Erstattungen für bestehende und zu erwartende kaufvertragliche Verpflichtungen für Altlastensanierungen, Abfallbeseitigungen und Kampfmittelräumungen, Rückabwicklung von Kaufverträgen

517 65 871 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 2.227.011 2.210.000 1.750.000

519 65 871 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 102.772 50.000 45.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
526 65	871	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	410.132	255.000	210.000
532 65	871	Gefahrenabwehr Umwelt	3.119.479	4.000.000	2.650.000
533 65	871	Ausgaben für Forsten	248.244	140.000	70.000
537 65	871	Entwicklungskosten für die Verwertung von Grundstücken	6.128.921	7.570.000	1.700.000
546 65	871	Vermischte Ausgaben	2.404	5.000	5.000
547 65	871	Vergütungen von Dienstleistungen	4.300.000	3.900.000	3.300.000
631 65	871	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
671 65	871	Erstattungen an Inland	1.859.255	1.200.000	1.000.000
919 65	871	Zuführung an die Rücklage	21.735.124	14.983.000	21.610.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 65				34.313.000	32.340.000

TGr. 66 Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche

Die Einnahmen der Titelgruppe 66 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 66.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind untereinander deckungsfähig.

Die am Jahresende verbleibenden Einnahmen bzw. Minderausgaben bilden das Jahresergebnis und dürfen zu 100 v. H. einer Rücklage bei Titel 919 66 zugeführt werden.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich von Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 66 zu verwenden.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt.

Der Bund hat sich gem. Artikel 233 § 16 Abs. 1 Satz 3 EGBGB vorbehalten, über eine endgültige Aufteilung des Bodenreformvermögens zwischen Bund und den neuen Ländern durch ein besonderes Bundesgesetz zu entscheiden. Daher ist das Bodenreformvermögen getrennt vom übrigen Landesvermögen aufzuführen.

Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Mit der Durchsetzung der Ansprüche des Landes aus der Abwicklung der Bodenreform ist der Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen beauftragt. Nach der Übertragung der Bodenreformgrundstücke auf das Land sind diese zu verwalten und zu verwerten (Titelgruppe 67). Der Überschuss des Vorjahres aus der Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus der Bodenreform (Titelgruppe 67) ist an die Titelgruppe 66 abzuführen.

Die Titelgruppe 66 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
517 66	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	22.405	33.000	22.300
526 66	871	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	109.215	400.000	69.000
546 66	871	Sonstige Verwaltungsausgaben	1.989	8.000	2.500
812 66	871	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	25.556	18.000	25.600
919 66	871	Zuführung zur Rücklage	5.170.340	4.339.000	4.709.600
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 66				4.798.000	4.829.000

TGr. 67 Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen

Die Einnahmen der Titelgruppe 67 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 67.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind untereinander deckungsfähig.

Die am Jahresende verbleibenden Einnahmen bzw. Minderausgaben bilden das Jahresergebnis und dürfen zu 100 v. H. einer Rücklage bei Titel 919 67 zugeführt werden.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen vom 20.04.2004 wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Die Titelgruppe 67 stellt einen eigenständigen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

Der Überschuss des Vorjahres wird an die Titelgruppe 66 Titel 121 66 abgeführt.

Die Ansätze der Ausgaben sind Schätzwerte und beruhen auf Erfahrungswerten aus 2005.

517 67	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	375.483	460.000	420.000
519 67	871	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	47.047	45.000	60.000
526 67	871	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	47.869	40.000	60.000
532 67	871	Gefahrenabwehr Umwelt	0	5.000	5.000
533 67	871	Ausgaben für Forsten	2.182	15.000	5.000
537 67	871	Entwicklungskosten für die Verwertung von Grundstücken	2.247	10.000	10.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		
546 67	871	Vermischte Ausgaben	6.858	2.000	5.000
547 67	871	Vergütung von Dienstleistungen	2.128.610	1.786.000	1.967.000
671 67	871	Erstattungen an Inland	9.016	0	5.000
697 67	871	Vermögensübertragung aus Überschussbeteiligung an TG 66	0	0	72.000
919 67	871	Zuführung an die Rücklage (Liquiditätssicherungskonto)	886.153	292.000	18.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 67				2.655.000	2.627.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen				47.623.900	39.796.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	24.805.600	18.038.600
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	23.839.000	27.541.000
Gesamteinnahme		48.644.600	45.579.600

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	30.897.300	15.831.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.200.000	1.077.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.633.000	3.640.600
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	19.614.000	26.337.600
Gesamtausgabe		55.344.300	46.886.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-6.699.700	-1.306.900

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

325 10	920	Schuldenaufnahmen auf dem Kapitalmarkt	554.030.869	826.386.100	560.000.000
--------	-----	--	-------------	-------------	-------------

Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abgelaufenen Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.

Den Einnahmen aus Kreditaufnahmen wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr fälligen Krediten zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen Rückführung der Kreditaufnahmen.

Summe HGr. 3:			826.386.100	560.000.000
---------------	--	--	-------------	-------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12.973	14.100	13.000
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2007 EUR
1.	Geschäftsbedarf	0
2.	Bücher, Zeitschriften	0
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0
4.	Sonstiges	13.000
	Summe	13.000

Für die Wartung und Pflege des DV-Verfahrens für die Schuldenverwaltung und des Renditeprogramms für die Schuldenaufnahme.

527 30	920	Reisekosten im direkten Zusammenhang mit der Begebung von Anleihen	6.850	20.000	7.000
--------	-----	---	--------------	---------------	--------------

Erläuterungen:

Ausgaben für die notwendige Reisetätigkeit zur Absicherung des Absatzes von Anleihen.

531 30	011	Nachrichtenagentur- und Informationsdienste	58.157	41.600	52.400
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Ausweitung der Informationsangebote.

538 10	920	Aufträge an Dritte im Rahmen des DV-Einsatzes der Schuldenverwaltung und des Kreditreferates	94.458	53.000	155.000
--------	-----	---	---------------	---------------	----------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Erweiterung und Anpassung an Vor- bzw. Auswertungsverfahren im Rahmen des Fachverfahrens der Schuldenverwaltung (Portfoliomanagement, Schnittstelle SAP).

546 20	920	Ausgaben für Beratung, Rating und sonstige Dienstleistungen Außenstehender	300.627	580.200	528.900
--------	-----	---	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Ausgaben für Ratings durch internationale Ratingagenturen. Diesen Ratings wird große Bedeutung am Kapitalmarkt beigemessen.

		2007 EUR
1.	Fachverfahren	
1.1	MTN - Programm zur Begebung von Anleihen	32.400
1.2	Moody's - Rating	209.500
1.3	Standart & Poor's - Rating	210.500
1.4	Beratung - Schuldenmanagement	75.000
1.5	Sonstiges	1.500
	Summe zu 1.	528.900
	Summe	528.900

Weniger wegen besser Konditionen durch die Ratingagenturen.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

575 10	920	Zinsen für Kreditmarktmittel	780.751.586	833.807.600	844.858.700
---------------	-----	-------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Zinseinnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 575 20 und Kapitel 20 020 Titel 575 10.

Erläuterungen:

Mehr wegen erhöhtem Schuldenstand.

575 20	920	Bonifikation, Disagio und Diskont bei Wertpapieren und Schuldscheindarlehen sowie Nebenkosten	-1.002.181	17.900.000	8.200.000
---------------	-----	--	-------------------	-------------------	------------------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 575 10.

Erläuterungen:

Der Ansatz wurde auf der Grundlage von Erfahrungswerten und der geplanten Kreditaufnahme geschätzt.

Summe HGr. 5:	852.416.500	853.815.000
---------------	--------------------	--------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(961 10)	970	Ausgleich von Fehlbeträgen	0	0	
-----------------	-----	-----------------------------------	----------	----------	--

Summe HGr. 9:	0	0
---------------	----------	----------

20
20 650 Allgemeine Finanzverwaltung
Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	826.386.100	560.000.000
--------	---	-------------	-------------

Gesamteinnahme		826.386.100	560.000.000
-----------------------	--	--------------------	--------------------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	852.416.500	853.815.000
--------	---	-------------	-------------

HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
--------	---------------------------------	---	---

Gesamtausgabe		852.416.500	853.815.000
----------------------	--	--------------------	--------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-26.030.400	-293.815.000
--------------------------------------	--	--------------------	---------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 35	018	Einnahmen aus der Einzahlung von Versorgungszuschlägen durch beurlaubte Beamte	613.061	600.000	600.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Summe HGr. 1:			600.000	600.000
---------------	--	--	---------	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

Erläuterungen:

Zu den Titeln 231 10 - 233 10:

Veranschlagt sind:

Einnahmen aus Beteiligung abgebender Dienstherrn an den Versorgungslasten des Landes in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres vom Bund oder einem anderen Dienstherrn auf Grund §§ 107 b, 107c des Beamtenversorgungsgesetzes.

231 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch den Bund	2.438.210	2.810.500	2.980.000
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Mehr wegen Zunahme der Anzahl der Versorgungsempfänger.

232 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Länder	7.222.428	4.063.000	4.308.000
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Mehr wegen Zunahme der Anzahl der Versorgungsempfänger.

232 11 neu	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch "Sonstige"	87.484		31.000
---------------	-----	--	--------	--	--------

233 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Gemeinden	134.200	168.000	178.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Summe HGr. 2:			7.041.500	7.497.000
---------------	--	--	-----------	-----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

424 10	018	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage für Minister, Beamte und Richter"	6.549.781	6.697.700	6.636.900
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 421 und 422 fließen diesem Titel zu.

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 421 und 422 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern der Aufbau von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Besoldungsanpassungen zu bilden sind. Mit der Versorgungsrücklage soll die Finanzierung der Versorgung ab dem Jahre 2018 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der InvestitionsBank des Landes Brandenburg übertragen worden.

Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg" wird am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

Weniger wegen Kürzung der Sonderzahlung.

431 10	018	Versorgungsbezüge des Ministerpräsidenten und der Minister sowie deren Hinterbliebener	759.617	541.900	472.300
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Weniger wegen Kürzung der Sonderzahlung und Auslauf Übergangsgeld.

434 10	018	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger sowie deren Hinterbliebener"	422.380	833.400	698.900
--------	-----	--	---------	---------	---------

Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 431 und 432 fließen diesem Titel zu.

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 431 und 432 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern der Aufbau von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Versorgungsanpassungen zu bilden sind. Dies gilt entsprechend für die Amts- und Amtsversorgungsbezüge der Mitglieder der Landesregierung. Mit der Versorgungsrücklage soll die Finanzierung der Versorgung ab dem Jahre 2018 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der InvestitionsBank des Landes Brandenburg übertragen worden. Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg" wird am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

Weniger wegen Wegfall des Übergangsgeldes.

435 10	018	Versorgungsbezüge der Angestellten und deren Hinterbliebener	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

436 10	018	Versorgungsbezüge der Arbeiter und deren Hinterbliebener	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

443 10	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	40.404	38.900	41.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

noch zu 443 10

Erläuterungen:

Zu den Titeln 446 10 - 446 15:

Die Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfavorschriften werden seit dem Haushaltsjahr 2002 einzelnen Funktionsbereichen zugeordnet.

Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern (mit Beihilfeanspruch), höherer Heilkosten, veränderter Altersstruktur.

446 10	018	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	391.746	601.500	768.500
446 11	048	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfavorschriften im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Epl. 03)	1.114.481	1.427.900	1.839.600
446 12	058	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfavorschriften im Bereich des Rechtsschutzes (Epl. 04)	653.718	551.600	880.800
446 13	068	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfavorschriften im Bereich der Finanzverwaltung (Epl. 12)	194.676	206.900	265.300
446 14	118	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfavorschriften im Bereich der Schulen (Epl. 05)	563.253	432.300	700.800
446 15	138	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfavorschriften im Bereich der Hochschulen (Epl. 06)	197.401	211.300	270.000
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(432 10)	018	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener	0	0	
(432 11)	048	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Epl. 03)	0	0	
(432 12)	058	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich des Rechtsschutzes (Epl. 04)	0	0	
(432 13)	068	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der Finanzverwaltung (Epl. 12)	0	0	
(432 14)	118	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der Schulen (Epl. 05)	0	0	
(432 15)	138	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der Hochschulen (Epl. 06)	0	0	

Summe HGr. 4:

11.543.400

12.574.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	229	Erstattungen an den Bund für Sonderversorgungen der Angehörigen der Polizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs	133.046.344	134.867.200	150.000.000
--------	-----	---	-------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Erstattungen an den Bund nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (BGBI. I 1991, S. 1677) für Kosten aus dem ehemaligen Sonderversorgungssystem der Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs, sowie der Rentenversicherungsbeiträge nach § 9 des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) vom 25.07.1991, sowie Verwaltungskosten, die das Bundesversicherungsamt geltend macht. Die Mittel werden vom Ministerium des Innern bewirtschaftet.

631 11	229	Erstattungen an den Bund für Zusatzversorgungssysteme	271.293.660	267.000.000	282.600.000
--------	-----	---	-------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Nach § 15 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (BGBI. Teil I Seite 1677 von 1991) werden dem Bund die entstehenden Aufwendungen für die Zusatzversorgungssysteme in Höhe von zwei Dritteln von den neuen Bundesländern erstattet. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet.

632 10	048	Erstattungen von Versorgungsbezügen an Länder	17.619	62.000	20.200
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Ausgaben für die Beteiligung an Versorgungslasten aufnehmender Dienstherren (Länder) in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres auf Grund §§ 107 b, 107 c des Beamtenversorgungsgesetzes.

Weniger durch Umsetzung nach Titel 632 11 und Anpassung an das Ist-Ergebnis 2005.

632 11	048	Erstattungen von Versorgungsbezügen an "Sonstige"	13.665		41.800
--------	-----	---	--------	--	--------

neu

Erläuterungen:

Vorjahr mitveranschlagt bei Titel 632 10.

Summe HGr. 6:			401.929.200	432.662.000	
---------------	--	--	-------------	-------------	--

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2006	Ansatz 2007
				Angaben in EUR	

Abschluss**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	600.000	600.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	7.041.500	7.497.000
Gesamteinnahme		7.641.500	8.097.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	11.543.400	12.574.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	401.929.200	432.662.000
Gesamtausgabe		413.472.600	445.236.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-405.831.100	-437.139.100

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10
Titel 434 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2006 EUR	Ansatz
			Ist 2005 EUR	2007 EUR
Einnahmen				
Steuern und steuerähnliche Abgaben				
099 10	018	Zuführung zur Versorgungsrücklage aus dem Landeshaushalt	7.531.100 6.972.160,51	7.335.758
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20. Erläuterungen Die Zuführungen entsprechen den Ausgaben bei den Titeln 424 10 und 434 10 des Landeshaushaltsplanes.		
099 20	018	Zuführung zur Versorgungsrücklage Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg	25.500 26.884,89	148.000
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20.		
099 30	018	Zuführung der Versorgungsrücklage der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	6.200 3.365,00	4.300
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20.		
Übrige Einnahmen				
134 10	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel - Wertpapieranlage -	- -	-
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20. Erläuterung Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital - aus der Rückzahlung von angelegten Wertpapieren- gebucht.		
134 20	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel - sonstige Anlagen -	550.894 458.227,97	720.683
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20. Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital - aus dem Rückfluss von sonstigen angelegten Mitteln - gebucht.		
154 10	018	Zinseinnahmen aus Wertpapieranlage	1.650.000 1.639.317,00	1.866.259
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 546 10, 546 20, 546 30, 831 10, 831 20, 671 10.		
154 20	018	Zinseinnahmen aus sonstigen Anlagen	10.000 16.405,36	15.000
		Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20.		
Gesamteinnahmen			9.773.694 9.116.360,73	10.090.000

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10
Titel 434 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2006 EUR	Ansatz
			Ist 2005 EUR	2007 EUR
Ausgaben				
Sächliche Verwaltungsausgaben				
546 10	018	Depotgebühren für Wertpapiere aus dem Landeshaushalt	1.993 8.048,17	9.794
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
546 20	018	Depotgebühren für Wertpapiere der Deutschen Rentenversicherung Berlin - Brandenburg	6 26,57	200
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
546 30	018	Depotgebühren für Wertpapiere der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	1 2,59	6
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
575 10	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf für den Landeshaushalt	300.000 133.636,36	147.925
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
575 30	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf für die Deutsche Rentenversicherung Berlin- Brandenburg	800 441,26	2.000
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
575 40	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	100 42,92	75
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.		
634 10	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für den Landeshaushalt	- -	-
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2017 gesperrt.		
634 20	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für die Deutsche Rentenversicherung Berlin - Brandenburg	- -	-
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2017 gesperrt.		
634 30	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	- -	-
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2017 gesperrt.		

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10
Titel 434 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2006 EUR	Ansatz
			Ist 2005 EUR	2007 EUR
671 10	661	Renditeanteil der ILB	80.000 7.380,00	20.000
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden. Erläuterung Die Entnahme für die ILB erfolgt gemäß § 2 Abs. 5 Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der ILB und dem MdF vom 15.06.1999.		
		Sonstige Ausgaben für Investitionen		
831 10	018	Ausgaben zur Wertpapieranlage	8.800.000 8.308.240,00	9.140.000
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 099 10, 099 20, 099 30, 134 10, 134 20, 154 10, 154 20.		
831 20	018	Ausgaben für sonstige Anlagen	590.794 658.542,86	770.000
		Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 099 10, 099 20, 099 30, 134 10, 134 20, 154 10, 154 20.		
		Gesamtausgaben	9.773.694 9.116.360,73	10.090.000

Haushaltsübersicht 2007

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap. Titel	Bezeichnung	Ver- pflich- tungs- ermächti- gungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2007	2008	2009	2010	2011 ff.
		1.000 EUR					
1	2	3	4	5	6	7	
20 030	Kommunaler Finanzausgleich						
613 14	Ausgleichsfonds	6.100,0	6.100,0				
	Zusammen	6.100,0	6.100,0				

Übersicht

über die landeseigenen und geleasteten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen		Lastkraftwagen		Kraftträder		Sonderfahrzeuge		Zusammen	
	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2006	Soll 2007	Soll 2006	Soll 2007
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
20 630 geleast	18 9		3				22		43 9	
Zus. geleast	18 9		3				22		43 9	